

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

73. Sitzung
16. Juni 2016

Beginn: 13.04 Uhr
Schluss: 16.18 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage 1
Stv. Vorsitz: Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Senat wird durch Frau Sen Scheeres (BildJugWiss), Frau StS Klebba (SenBildJugWiss) und Herrn StS Rackles (SenBildJugWiss) vertreten.
2. Dem Ausschuss liegen die Einladung mit Tagesordnung vom 10. Juni 2016 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 14. Juni 2016 vor.
3. Entsprechend der Mitteilung zur Einladung vom 14. Juni 2016 beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Dauer der Sitzung auf maximal drei Stunden zu verlängern.
4. Frau Abg. Kittler (LINKE) beantragt, die Tagesordnung um den in der letzten Sitzung vertagten

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2733

**Ganztagsgrundschule für alle: Bedarfsprüfung für
den Hort abschaffen**

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.03.2016

[0385](#)

BildJugFam
Haupt

zu ergänzen.

Daraufhin stellt Herr Abg. Oberg (SPD) den Antrag, auf die Tagesordnung alle in der 72. Sitzung am 2. Juni 2016 vertagten Punkte (dort TOP 6 bis TOP 9) zu nehmen; dies sind:

TOP 6
(alt) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0182](#)
Frühes Fremdsprachenlernen an der Grundschule – BildJugFam
Erfahrungen und Konsequenzen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.02.2016

TOP 7 a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0354](#)
(alt) **Stand der Umsetzung des Ganztageskonzepts an** BildJugFam
Schulen – curriculare Zusammenarbeit von
Erziehern und Pädagogen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

b) Antrag der Fraktion Die Linke [0385](#)
Drucksache 17/2733 BildJugFam
Ganztagsgrundschule für alle: Bedarfsprüfung für Haupt
den Hort abschaffen

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.03.2016

TOP 8 a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0300](#)
(alt) **Schulen vor dem Scheitern – Wie lässt sich das** BildJugFam
Ruder an Schulen mit extrem hohen
Abbrecherquoten herumreißen?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0382](#)
Ursachen und Hintergründe der steigenden Zahl an BildJugFam
Schulabgängern ohne Abschluss
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.04.2016

TOP 9 Antrag der Piratenfraktion [0386](#)
(alt) Drucksache 17/2745 BildJugFam
Für einen besseren Arbeitsmarktzugang und ArbIntFrau(f)
Arbeitsmarktförderung für Geflüchtete in Berlin

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 19. Mai 2016

Der Ausschuss stimmt diesem Antrag einvernehmlich zu; die Punkte 6 bis 9 (alt) werden in der aktuellen Sitzung die Punkte 8 bis 11 (neu) der Tagesordnung. Die Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf das beschlossene Ende der Sitzung um 16.00 Uhr hin.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Folgende Frage wurde vorab schriftlich eingereicht:

- „Wie viele Kinder und Jugendliche, die ohne Erziehungsberechtigte, in Begleitung anderer Familienmitglieder oder Bekannter eingereist sind, befinden sich in Berlin in Unterkünften für Geflüchtete und wie gewährleistet der Senat ihren Schutz und Zugang zur Berliner Jugendhilfe?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Bis wann muss welche Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf aus Sicherheitsgründen geschlossen werden? Wie kann es sein, dass bei einem durchschnittlichen Investitionsbedarf von 7,5 Mio. Euro pro Schule noch keine solche zusammengebrochen ist?“
(auf Antrag der Fraktion der SPD)
- „Welche Deeskalationsstrategie fährt der Senat angesichts der zwei (Lehrer-)Streiktage, die für die nächste Woche angekündigt sind, und der bereits angekündigten Fortsetzung des Streiks für den Fall, dass es keine Einigung mit dem Senat geben sollte?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- „Vor dem Hintergrund, dass der angekündigte (Lehrer-)Streik in eine sensible Schulzeit fällt: Hat der Senat Hinweise aus den Schulen, was eventuell an Unterricht umgruppiert werden bzw. ausfallen muss, wo Gefährdungen vorliegen und wer die Vertretung übernimmt?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Nach Beantwortung aller Fragen durch Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) wird Punkt 1 a) der Tagesordnung abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Frage der Fraktion der SPD lässt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ein Schreiben an den Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule, Sport und Umwelt des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf vom 16. Juni 2016 an die Mitglieder des Ausschusses verteilen.

b) Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz

Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) berichtet aus der letzten Jugend- und Familienministerkonferenz, die am 2./3. Juni 2016 in Dresden stattgefunden hat.

Punkt 1 b) der Tagesordnung wird abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2912
**Gesetz zur Zusammenführung der Berliner
Planetarien und Sternwarten**

[0405](#)
BildJugFam(f)
Haupt
Kult*

Zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2912 – liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten vom 13. Juni 2016 vor. Dieser empfiehlt, die Vorlage anzunehmen (einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN).

Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) erläutert einleitend die Vorlage – zur Beschlussfassung.

Als Tischvorlage wird ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU verteilt (Anlage 2).

Herr Abg. Oberg (SPD) begründet den Änderungsantrag für die Fraktionen der SPD und CDU.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) erneut Stellung nimmt und gemeinsam mit Herrn Dr. Raiser (SenBildJugWiss) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU (Anlage 2) wird angenommen.

(einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Anschließend wird die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2912 – in der so geänderten Fassung angenommen.

(einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Es wird einvernehmlich Dringlichkeit beschlossen; eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0218](#)
BildJugFam
Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII: gesetzliche Fixierung von fachlichen, personellen, sächlichen und qualitativen Standards der Angebote nach § 11 SGB VIII sowie eines dieser Standards sicherstellenden Finanzierungsmodells.
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0297](#)
BildJugFam
Drucksache 17/2051
Kinder- und Jugendförderung gesetzlich regeln!

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) für ihre Fraktion.

Frau Abg. Möller (LINKE) begründet den Antrag ihrer Fraktion zu Punkt 3 b) und bittet den Senat im Rahmen der Aussprache darum, den Mitgliedern des Ausschusses das „Gutachten zur Sicherung der Jugendförderung (Jugendarbeit) durch veränderte gesetzliche Regelungen bzw. ein Jugendförderungsgesetz im Land Berlin“ von Prof. Wiesner und Prof. Schlüter zu gegebener Zeit zur Verfügung zu Stellung.

Nach Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) Stellung nimmt und Fragen der Ausschusssmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Ergebnis zu Punkt 3 a):

Die Besprechung wird abgeschlossen.

Ergebnis zu Punkt 3 b):

Frau Abg. Möller (LINKE) beantragt, das in dem Antrag ihrer Fraktion genannte Berichtsdatum in „30. August 2016“ zu ändern. Dieser Änderung stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

Im Anschluss beschließt er wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 17/2051 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. August 2016“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und der CDU wird auf Antrag von Frau Abg. Möller (LINKE) Dringlichkeit beschlossen; eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht an das Plenum.

Punkt 4 und Punkt 5 der Tagesordnung

4. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU [0410](#)
Drucksache 17/2971 BildJugFam
**Gewaltprävention durch ein „Berliner Programm
gegen Gewalt an Schulen“**
5. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU [0411](#)
Drucksache 17/2972 BildJugFam
**Frühzeitige Jugendkriminalitätsprävention
verbessern**

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 in der Aussprache zu verbinden.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung nehmen Herr Löher (SenInnSport) sowie Herr Polizeihauptkommissar Michael Lisowski (LKA, Zentralstelle für Prävention) an der Sitzung teil.

Herr Abg. Langenbrinck (SPD) begründet die beiden Anträge für die Fraktionen der SPD und der CDU.

Nach Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) Stellung nimmt und gemeinsam mit Herrn Löher (SenInnSport) sowie Herrn Polizeihauptkommissar Michael Lisowski (LKA, Zentralstelle für Prävention) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4:

Der Antrag – Drucksache 17/2971 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit SPD, CDU und GRÜNE gegen LINKE bei Enthaltung PIRATEN)

Es wird einvernehmlich Dringlichkeit beschlossen, eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht an das Plenum.

Zu Punkt 5:

Der Antrag – Drucksache 17/2972 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE und PIRATEN)

Es wird einvernehmlich Dringlichkeit beschlossen, eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2761

[0396](#)
BildJugFam

Kitaqualität auf Bundesebene gesetzlich regeln

Frau Abg. Möller (LINKE) begründet den Antrag für ihre Fraktion und beantragt, das in dem Antrag ihrer Fraktion genannte Berichtsdatum in „30. August 2016“ zu ändern. Dieser Änderung stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

Nach Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 17/2761 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. August 2016“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen LINKE und PIRATEN bei Enthaltung GRÜNE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2331

[0340](#)
BildJugFam(f)
BauVerk*
Haupt

Übung macht den Meister: Der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen Vorfahrt geben!

Zu dem Antrag – Drucksache 17/2331 – liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Bauen und Verkehr vom 10. Februar 2016 vor. Dieser empfiehlt, den Antrag mit Änderungen anzunehmen (einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN).

Als Tischvorlage wird ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke verteilt (Anlage 3).

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Antrag sowie den Änderungsantrag für ihre Fraktion.

Nach Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Anlage 3) wird angenommen.

(einstimmig mit GRÜNE, LINKE und PIRATEN bei Enthaltung SPD und CDU)

Anschließend wird der Antrag – Drucksache 17/2331 – auch mit den folgenden, zuvor beschlossenen Änderungen abgelehnt:

1. Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken die Jugendverkehrsschulen und Verkehrsgärten zu sichern.“

2. In Absatz 4 wird das Datum „31. Januar 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2016“ ersetzt.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Es wird einvernehmlich Dringlichkeit festgestellt; eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0182](#)
Frühes Fremdsprachenlernen an der Grundschule – BildJugFam
Erfahrungen und Konsequenzen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.02.2016

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 25. Februar 2016 vor.

Den Mitgliedern des Ausschusses wurden zudem die Ergebnisse der Studie des sog. BIG-Kreises "Der Lernstand im Englischunterricht am Ende von Klasse 4" sowie eine von Herrn Prof. Dr. Mindt, Anzuhörender in der Sitzung am 25.02.2016, hierzu übersandte kurze Stellungnahme zur Verfügung gestellt.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs ist in der Sitzung am 25. Februar 2016 erfolgt.

Nach Aussprache wird die Besprechung abgeschlossen.

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0354](#)
Stand der Umsetzung des Ganztageskonzepts an BildJugFam
Schulen – curriculare Zusammenarbeit von
Erziehern und Pädagogen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0385](#)
Drucksache 17/2733 BildJugFam
Ganztagsgrundschule für alle: Bedarfsprüfung für Haupt
den Hort abschaffen

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.03.2016

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 10. März 2016 vor.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 9 a) sowie des Antrags zu Punkt 6 b) ist bereits in der 68. Sitzung am 10. März 2016 erfolgt.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, fasst der Ausschuss die nachfolgenden Beschlüsse.

Ergebnis zu Punkt 9 a):

Die Besprechung wird abgeschlossen.

Ergebnis zu Punkt 9 b):

Frau Abg. Kittler (LINKE) beantragt, das in dem Antrag ihrer Fraktion genannte Berichtsdatum in „30. August 2016“ zu ändern. Dieser Änderung stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu. Im Anschluss beschließt er wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 17/2733 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. August 2016“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Es wird einvernehmlich Dringlichkeit festgestellt; eine entsprechende Beschlussempfehlung ergeht über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 10 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0300](#)
Schulen vor dem Scheitern – Wie lässt sich das BildJugFam
Ruder an Schulen mit extrem hohen
Abbrecherquoten herumreißen?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0382](#)
Ursachen und Hintergründe der steigenden Zahl an BildJugFam
Schulabgängern ohne Abschluss
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.04.2016

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, diesen Punkt der Tagesordnung wegen Ablaufs der vereinbarten Sitzungsdauer zu vertagen.

Punkt 11 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion [0386](#)
Drucksache 17/2745 BildJugFam
Für einen besseren Arbeitsmarktzugang und ArbIntFrau(f)
Arbeitsmarktförderung für Geflüchtete in Berlin

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 19. Mai 2016

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, diesen Punkt der Tagesordnung wegen Ablaufs der vereinbarten Sitzungsdauer zu vertagen.

Punkt 12 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dies die letzte Ausschusssitzung dieser Wahlperiode gewesen sei.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Marianne Burkert-Eulitz
(Stv. Vorsitzende)

Joschka Langenbrinck
(Stv. Schriftführer)

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

zur Vorlage - zur Beschlussfassung -

**über Gesetz zur Zusammenführung der Berliner Planetarien und Sternwarten
- 17/2912 -**

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

Artikel 1

Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Planetarium Berlin“

2. § 1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Unter dem Namen „Stiftung Planetarium Berlin“ (im Folgenden: Stiftung) wird mit Wirkung vom 1. Juli 2016 eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet.“

Änderungsantrag
der Fraktion Die Linke

zur Stellungnahme

des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 10. Februar 2016

zum

Antrag

Übung macht den Meister: Der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen Vorfahrt geben!

(Drs. 16/2331)

Die Stellungnahme wird wie folgt geändert:

Punkt 2 wird gestrichen

Punkt 3 wird Punkt 2 und erhält folgende Fassung:

„In Absatz 4 wird das Datum ‚31. Januar 2016‘ durch das Datum ‚31.12.2016‘ ersetzt.“

Berlin, 16. Juni 2016

Regina Kittler